Die Bedeutung der Warenknappheit für die Kritik einer reinen Indexwährung

Autor(en): **Marbach, Fritz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **5 (1925-1926)**

Heft 10

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-329180

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

aufzuklären. Immer wieder muß unter Anlehnung an die wirtschaftlichen Realitäten darauf verwiesen werden, daß die Kampfkoalitionen nicht Kunstprodukte sind, sondern Ergebnisse eiserner Notwendigkeit, deren Wirken durch aufrichtiges Trachten nach dem wirklichen Recht wohl zu leiten, aber auf keine Weise ohne schweren Schaden für die Gesamtheit zu unterdrücken ist.

Benutzte Quellen und Literatur.

Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichtes, amtliche Sammlung. Zitiert B. G. E.

Die Praxis des Bundesgerichtes. Zitiert Pra.

Oser, Kommentar zum Obligationenrecht.

Becker, Kommentar zum Obligationenrecht.

Hofstetter-Leu, Der Boykott nach Schweizer Recht. Dissertation. Bern 1911.

Maschke, Der Boykott. Jena 1911.

Vogt, Werner, Die Widerrechtlichkeit im sozialen Wirtschaftskampfe. Dissertation. Zürich 1923.

Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform. Heft 60 und 61. — Das Recht der Organisationen im neuen Deutschland. — Der Koalitionskampf nach geltendem Zivilrecht. — Der Koalitionskampf als Problem der Gesetzgebung. Jena 1918. Zitiert Soz. Reform, Heft 00, S. 00.

Holer, O., Zur Rechtsprechung über den Boykott. — Lösungsversuche im Boykottrecht. — Boykott und Schikane.

Schweiz. Juristenzeitung, Jahrgang 16, S. 149 ff., 169 ff., 185 ff., 201 ff. Zitiert Holer a. a. O., S. 00.

Fick, F., Zur Rechtsprechung über den Boykott. Schweiz. Juristenzeitung, Jahrgang 16, S. 222 ff.

Specker, Die Persönlichkeitsrechte. Aarau 1910.

Oertmann, Die Verrufserklärung und ihre privatrechtlichen Wirkungen in Seufferts Blätter für Rechtsanwendung.

Die Bedeutung der Warenknappheit für die Kritik einer reinen Indexwährung.

Von Dr. Fritz Marbach, Bern.

In weitesten Kreisen hat man sich mit einer Ausdauer, die besserer Objekte würdig gewesen wäre, über den Hauptgrund der Geldentwertungserscheinungen der Kriegs- und Nachkriegszeit hinwegzutäuschen versucht. Vor allem ist versucht worden, die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft anders als aus sich selbst heraus zu verstehen. Besonders in der deutschen Sozialdemokratie scheint die Inflation als direkte Maßnahme der Kriegsfinanzierung und das Entstehen der Inflation aus dem Staatsfinanzierungswillen heraus viel zu spät verstanden worden zu sein. Als 1914 der Goldstandard aufgehoben wurde, war der Hauptzweck dieser Aufhebung ganz offenbar die formelle Ermöglichung der Zahlungsmittelbeschaffung zugunsten

der Staaten durch das Mittel der Notenpresse. Der Staat wollte sich durch Schatzwechseldiskont Mittel verschaffen, um durch Noten der Zentralbank oder durch Anweisungen auf künstlich geschaffene Guthaben Lieferungen und Dienste aller Art zu begleichen. Das war der Hauptzweck der Aufhebung des Goldstandards und die eigentliche Ursache und das eigentliche Wesen des Inflationssündenfalls. Wenn man, wie das richtig ist, annimmt, daß bei gegebenem Normalpreisverhältnis eine bestimmte Normalrelation zwischen Warenvolumen und Zahlungsmittelvolumen vorhanden ist, und daß diese Normalrelation 1914 vorhanden war, so ergibt sich daraus, daß eine Zunahme der Kaufkraft oder ein Preissturz, was dasselbe bedeutet, nur denkbar ist durch eine Zunahme der Güterproduktion oder eine Abnahme im Total der verfügbaren Zahlungsmittel. Umgekehrt muß eine Senkung der Kaufkraft des Geldes eine Verminderung des Warenvolumens oder ein Steigen des Geldvolumens zur Voraussetzung haben. Da nach 1914 die Preise zu steigen begannen, so mußte vorher entweder eine Warenverknappung oder eine Schaffung künstlicher Kaufkraft vorausgegangen sein. Selbstredend konnte die Ursache der Preissteigerung auch in der Synthese der beiden Einzelursachen liegen, und man darf annehmen, daß die Preissteigerung während der Kriegsjahre zum Teil einer Warenverknappung (Deflation der Ware könnte man sagen) und zum Teil einer Zahlungsmittelvermehrung (Geld- und Kreditinflation) zuzuschreiben ist. Die Frage ist nun die, welche der beiden Teilursachen bedeutender gewesen ist. Heute darf man die These ohne Bedenken aufstellen, daß die Warenverknappung nicht annähernd von der Bedeutung der Geldinflation war, daß deshalb die Preissteigerungen nach 1914 zum überwiegend großen Teil direkte Folge der Inflation sind und demnach zurückzuführen auf eine Störung des Ware-Geldverhältnisses, nicht in erster Linie von der Waren-, sondern von der Geldseite aus. Es ist das Verdienst des Professors der Stockholmer Universität Gustav Cassel, den genauen Beweis hierzu geliefert zu haben. Nachdem die Inflation verschiedener Staaten ins Groteske wuchs oder noch wächst, verallgemeinerte sich die Ansicht der Ueberbedeutung der Inflation, aber es fehlte die Kenntnis der Bedeutungsrelation zwischen Geldvermehrung und Warenverknappung. Gustav Cassel hat nun an Hand von Notenumlaufs- und Preisdiagrammen unter Berücksichtigung aller notwendigen Störungsfaktoren, wie Saisonschwankungen ꝛc., den Anteil der Warenverknappung an der allgemeinen Teuerung berechnet*), und zwar für ein neutrales, relativ valutagesundes Land — für Schweden. Da die Preissteigerung etwas größer gewesen ist als die Zirkulationsmittelvermehrung, so ist nachgewiesen, daß tatsächlich die Warenverknappung ursächlich an der Preissteigerung teilhaftig ist. Das Casselsche Diagramm, das in sozusagen verblüffender Weise alle internationalen Verumständungen der Warenversorgung bei den Neutralen durch Kurvenwinkel automatisch angibt (wie Exportverbote, Waffenstill-

*) Gustav Cassel: Das Geldwesen nach 1914. G. A. Glöckner, Leipzig.

stand 2c.), beweist aber auch schlagend, daß die Warenverknappung hinter der Geldschöpfung an preisbestimmender Bedeutung im praktischen Fall weit zurückliegt. Diese Feststellungen Professor Cassels sind deshalb außerordentlich wichtig, weil die genaue Erforschung der Preisverhältnisse vor und nach dem Krieg, verbunden mit der Erforschung der währungspolitischen Daten und Aktionen, für die Währungspolitik der Zukunft von bestimmendem Einfluß sein dürfte.

Das positivste Ergebnis dieser Forschung, die Erkenntnis der Tatsache, daß die Währungsstörungen in erster Linie von der Geldseite ausgegangen sind, hat begreiflicherweise diejenigen Kreise außerordentlich ermuntert, deren wirtschaftspolitisches Credo aus der „Zirkulationssphäre" nie herausgekommen ist. Die schweizerischen Freiwirtschafter, die vor kurzem Professor Cassel sehr unfreundlich beschimpft haben, weil er sich für die Wiedereinführung des Goldstandards in Schweden erklärt hat, versuchen nun die Ergebnisse der Casselschen Forschung für ihre speziellen Zwecke zu verwenden, indem sie sich den eingangs erwähnten internationalen sozialistischen Fehler zunutze machen, der darin besteht, daß sich sozialistische Parteien Währungsfragen gegenüber lange Zeit allzu passiv verhalten hatten, oder gar, wie in Deutschland, inflationsmitschuldig wurden. Tatsächlich haben aber die neuen Ergebnisse der Währungsforschung mit der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der sozialistischen Wirtschaftstheorie in grundsätzlicher Hinsicht nichts zu tun. Der Wesensunterschied der Sozialdemokratie und der utopistischen Gruppe der Freiwirtschafter liegt anderswo. (Um unser eigentliches Thema: „Warenknappheit und Indexwährung" ohne Unterbruch weiterbehandeln zu können, möchten wir auf die nun gestellte Seitenfrage in einem Anhang zurückkommen.)

Nachdem nun wissenschaftlich festgestellt ist, daß die Währungsstörungen der letzten Jahre in überwiegendem Maße von der Geldseite her ausgelöst wurden, liegt die Versuchung nahe, ein künftiges Währungssystem allein auf die Stabilität dieser Geldseite zu gründen. Das entsprechende Postulat ist das Postulat der sogenannten Indexwährung, deren Vertreter die Stabilisierung der Kaufkraft auf Grund der Entwicklung der Großhandelspreisindices fordern. Das zentrale Noteninstitut hätte je nach der Entwicklung der Großhandelspreise Krediteinengungen oder Krediterweiterungen zu veranlassen, damit durch die Regulierung der Geldumlaufsmenge eine Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes erreicht werde. Würde beispielsweise der Großhandelsindex um einen bestimmten Bruchteil steigen und damit die Kaufkraft gesenkt werden, so hätte eine Krediteinengung zu erfolgen, die das Mißverhältnis des Waren- und Geldvolumens beseitigen würde. Umgekehrt würde bei einem Fallen des Großhandelsindex eine Krediterleichterung eintreten, um die gestiegene Kaufkraft auf das Stabilisierungsniveau zu senken. Die Vertreter der reinen Indexwährung glauben so das Mittel in Händen zu haben, das geeignet sei, die Kaufkraft zu stabilisieren, die Verträge währungsmäßig zu garantieren und die Wirtschaft in gesundem

Normalgang zu erhalten. Eine beliebte Idee ist sodann die, durch ein fortschreitendes leichtes Ueberwiegen der Umlaufsmenge über die Warenmenge eine fortschreitende langsame Teuerung zu verursachen, damit die stete Aussicht auf höhere Preise die Produktion in Gang erhalte.

Die Theorie der reinen Indexwährung gründet sich hauptsächlich auf Störungserscheinungen der Währungsverhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit, die, wie wir gesehen haben, zur Hauptsache auf Störungserscheinungen der Geldseite zurückzuführen sind.

Die Tatsache, daß die jüngsten Währungsstörungen durch Inflation, d. h. durch Schaffung zusätzlicher Kaufkraft, hervorgerufen wurden, berechtigt aber unseres Erachtens nicht dazu, theoretisch und wohl auch praktisch mögliche Störungen von der Warenseite her in den währungstheoretischen Erörterungen außer acht zu lassen und für die zukünftige Währungspolitik nicht zu beachten. Daß möglichst stabile Kaufkraftverhältnisse gerade vom Arbeiterstandpunkt aus wünschbar sind, dürfte die Praxis der Lohnpolitik etwa Deutschlands erwiesen haben. Statt daß der Arbeiter in der letzten Zeit in verschiedenen Ländern um ein Plus an Reallohn, d. h. um Erhöhung seines Lebensstandards hätte kämpfen können, war er gezwungen, gegen die Senkung des Reallohns oder für Aufbesserung auf die Höhe eines früher schon innegehaltenen Lebensstandards seine und seiner Gewerkschaft Kräfte zu verbrauchen. Das Postulat der Indexwährung müßte deshalb den Arbeiter ganz besonders interessieren, wenn die Gewähr vorhanden wäre, daß die reine Indexwährung richtig funktionieren würde. Die Währung eines Landes unterliegt aber so mannigfachen Beeinflussungskomplexen, daß es unverantwortlich wäre, zu glauben, ein Hebel genüge, um die komplizierte Währungsmaschinerie in Gang zu halten. Einer der berühmtesten Vertreter der Kaufkraftstabilisierung, J. M. Keynes, vertritt in seiner währungstheoretischen Hauptschrift*) denn auch eine komplexe Währungsmanipulation an Stelle der reinen Indexwährung. Ein Argument — und das interessiert uns in diesem Aufsatz in erster Linie — gegen die reine Indexwährung ist die Frage der Bedeutung der Warenverknappung, die Frage der theoretischen oder praktischen Möglichkeit der Währungsstörungen von der Warenseite her. Wir haben schon früher die Auffassung vertreten, daß die Voraussetzung einer guten Währungspolitik (gut vom Standpunkt der Arbeit aus) die Beherrschung der Geldseite und der Warenseite sei, mit andern Worten, daß das sozialistische Postulat der planmäßigen Beherrschung der Produktion durch die planmäßige Beherrschung der zentralen Notenstelle nicht überflüssig werde (abgesehen von der Machtfrage, die schon für die Beeinflussung der Zentralnotenbank von allererster Bedeutung ist). Man hat uns geantwortet, daß bei einmal zugegebener Beeinflußbarkeit des Preisstandes von der Geldseite her es auf die Warenseite überhaupt nicht mehr ankomme, weil man bei einer Wage den Gleichgewichtszustand erreichen

*) J. M. Keynes: Ein Traktat zur Währungsreform. Duncker & Humblot, München.

könne durch Manipulationen allein auf einer Seite. Man erklärte mit andern Worten, daß bei verminderter Warenzufuhr eine entsprechende Zahlungsmitteleinschränkung das Preisniveau unverändert erhalten müsse, es sei also zur Aufrechterhaltung des alten Preisniveaus bei Warenverknappung eine entsprechende Korrektur statt auf der Warenseite ebensogut auf der Geldseite möglich oder sogar wünschenswert. Diese Ansicht ist nun durch Cassel in seinem erwähnten Buche, wenn wir richtig lesen, teilweise gestützt worden. Wir halten das neueste Casselsche Werk für eine der allerwichtigsten und gründlichsten Arbeiten der modernen ökonomischen Literatur und begrüßen das an Cassel ganz besonders, was ihm andere zum Vorwurf machen, daß er in „selbstsicherer Souveränität über ältere Fachpublikationen hinweg" sich auf die veränderten Umstände der Neuzeit einstellt. Aber in bezug auf die eben erwähnte Detailfrage kann man sich bei aller Hochachtung vor dem Gesamtwerke seiner Argumentation nicht beugen. Rein gefühlsmäßig schon drängt sich folgende Ueberlegung auf: Wenn eine Warenverknappung von bedeutendem Umfang aus irgendeinem in der Produktionssphäre liegenden Grunde eintritt, so müssen in der Warenbeschaffung der Konsumenten Störungen eintreten, die durch eine entsprechende Einschränkung in der Versorgung von Zahlungsmitteln nicht behoben werden können, denn auch bei gleichbleibenden Preisverhältnissen müßte entweder eine allgemeine und relativ einheitliche Konsumtionseinschränkung oder eine solche innerhalb bestimmter Bevölkerungsklassen eintreten. Denn so allein ist die Verteilung der reduzierten Gütermenge denkbar. Aber diese gefühlsmäßige Einstellung zum aufgeworfenen Problem kann noch nicht als vollgültiges wissenschaftliches Argument gegen die Casselsche Auffassung gewertet werden, so eindringlich es gefühlsmäßig auch reden mag. Die Frage ist deshalb die, ob keine anderen Argumente gegen Cassels Auffassung, des gegenwärtigen Hauptmotivs der Anhänger einer reinen Indexwährung, vorhanden sind. Die Frage muß positiv beantwortet werden: Die These nämlich, daß die Preise bei stark verminderter Warenzufuhr bei entsprechenden Maßnahmen auf der Geldseite gleichbleiben können, ist ein Irrtum, und es ist sonderbar, daß dieser Irrtum denjenigen als Hauptargument für ihre Währungspolitik dienen muß, die sich in der Schweiz als die einzigen Kenner einer modernen Quantitätstheorie ausgeben: Die moderne Quantitätstheorie Fishers, Keynes und auch Cassels stützt sich nicht nur auf die Verhältnisse der Umlaufsmenge, sondern auch der Umlaufsgeschwindigkeit. Die Quantitätstheorie ist also zwieschlächtiger Natur, indem die Preise beeinflußt werden können einmal durch die Quantität der vorhandenen Zahlungsmittel und dann auch durch die Geschwindigkeit ihrer Umlaufsbewegung. Reduziert sich die vorhandene Warenmenge und erfolgt darauf eine entsprechende Einschränkung der Zahlungsmittelversorgung, so hat sich damit allerdings die Geldumlaufsmenge dem reduzierten Warenvolumen angepaßt. Da aber bei gleichbleibendem oder wenig eingeschränktem Waren b e d a r f durch die Warenreduktion ein Waren-

hunger entsteht, so wird sich die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes erhöhen und die durch die Kreditrestriktion angestrebte Preisstabilität wird gestört werden*). Die Preisstabilität würde nur dann vorhanden sein, wenn — und das meint Cassel wahrscheinlich — der Warenverknappung eine entsprechende Verminderung der Warennachfrage resp. des Warenbedürfnisses parallel liefe. Bei dieser wahrscheinlich richtigen Lesart der Casselschen Theorie wäre dann aber immer noch die Auffassung der automatischen Bedarfseinschränkung zu beanstanden. — Die Freiwirtschafter, die sich auf Cassel stützen und die zugleich Vertreter der reinen Indexwährung sind, stellen sich aber nicht auf den Boden der „natürlich" bedingten Zahlungsmittelbedarfseinschränkung zufolge der Einschränkung des Warenbedarfs. Sie postulieren die „künstliche" Zahlungsmitteleinschränkung, setzen also das Weiterbestehen der alten oder einer nur wenig eingeschränkten Warennachfrage voraus, was wahrscheinlicherweise mit der Praxis harmonieren dürfte. Was sie aber nicht in Rechnung stellen, das ist die Zunahme der Umlaufsgeschwindigkeit und die daherige Durchkreuzung der Preisstabilisierungskalkulation. Die reine Indexwährung ist es deshalb gerade, die die moderne Auffassung von der Quantitätstheorie des Geldes nicht zu ertragen vermag, weil sie allein auf die Quantität und nicht auch auf die Umlaufsgeschwindigkeit abstellt. Neben andern wichtigen Einwänden gegen die reine Indexwährung (sie sind in den Wirtschaftsberichten**) Nr. 20/1925 durch Dr. Kellenberger berechtigterweise erhoben worden) ist ein ganz wichtiges Argument bis dahin zu wenig gewürdigt worden: Wenn die Preise infolge Produktionsausfall steigen, so würde die korrektive Krediteinengung die notwendige Produktionsvermehrung unter Umständen gefährden. Allein auf diese Argumente braucht man gar nicht abzustellen, wenn einmal erkannt ist, daß die Preisstabilität im erwähnten Fall durch die Verminderung der Umlaufsmenge nicht erreicht wird, weil damit die motorische Sphäre der Umlaufsintensität nicht beherrscht werden kann. Der Vergleich mit der Wage, den man uns schon entgegengehalten hat, bestätigt übrigens die hier entwickelte Auffassung: Es ist eben nicht dasselbe, wenn in den Wagschalen 100 Gramm Butter und 100 Gramm Gewichtsteine balancieren oder 50 Gramm Butter und 50 Gramm Gewichtsteine. Das Gleichgewicht ist allerdings beidemal gewahrt, aber die Lebensmöglichkeiten für den Konsumenten sind sehr verschiedene. — Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß Währungsstörungen, wie sie in den letzten Jahren eigentümlich waren, mit allen Mitteln zu bekämpfen sind, und daß wenigstens relativ stabile Preis- resp. Kaufkraftsverhältnisse von sehr großer Wünschbarkeit sind. Voraussetzung dieser stabilen Verhältnisse ist aber die gesellschaftliche Kontrolle sowohl der zentralen Notenbanken wie der Warenproduktion. Die sozialistische Einstellung zu den Fragen der Währungspolitik kann nur in dieser Richtung

*) Gegenwärtig befindet sich Rußland in dieser Lage.

**) Wirtschaftsberichte des Handelsamtsblattes 1925/20: Der Bundesrat zur Freigeldfrage.

liegen, denn es ist ebenso falsch, positive Forschungsergebnisse etwa in bezug auf die Inflation absichtlich zu übersehen, wie es falsch wäre, die Bedeutung der Warenseite für die Entwicklung der Währungen in ihrer theoretischen Bedeutsamkeit zu negieren. Professor Cassel läßt keinen Zweifel übrig, daß in kommenden Kriegen wieder inflationiert wird, weil die Ergebnisse der Wissenschaft den Willen zur intensiven Kriegführung — und dazu gehören die durch die Inflation wegzusteuernden Mittel, weil der Krieg reell offenbar nicht zu finanzieren wäre — nicht werden lähmen können. Tatsächlich konnte ja der Krieg nur nach Aufhebung des Goldstandards finanziert werden, d. h. nach Außerkraftsetzung einer wenigstens relativ starken gesetzlichen Garantie zur Aufrechterhaltung der Kaufkraft des Geldes. Da aber die Kriege eng zusammenhangen mit der Methode der heutigen Warenproduktion, so bietet auch aus diesem Grunde das Postulat der gesellschaftlichen Kontrolle der Warenproduktion neben der Beherrschung der Notenzentrale die einzige Garantie gegen Rückfälle in ein die Welt beelendendes Währungschaos. Unsere Ausführungen mögen aber dargetan haben, daß auch ohne Berücksichtigung dieser „Endzieleinstellung" die Bedeutung der Warenseite in Währungsdingen nicht verkannt werden darf.

Anhang.

Im folgenden sei im Zusammenhang mit der auf Seite 325 angeschnittenen Frage in der „Roten Revue" die Antwort wiedergegeben, die wir namens der Geschäftsleitung auf eine „Freigeldanfrage" einer Mitgliedschaft im letzten Jahre auszuarbeiten hatten. Da ihr eine gewisse aktuelle und auch grundsätzliche Bedeutung zukommt, dürfte sie für die Leser der „Roten Revue" im Zusammenhang mit dem vorliegenden Aufsatz von Interesse sein:

Die heutige Kreditorganisation ist ein integrierender Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft, damit auch der Zins als einer Form des arbeitslosen Einkommens. Indem die Sozialdemokratische Partei für die Ueberführung der Produktionsmittel aus privaten in gesellschaftliche Hände kämpft und für eine Bedarfsproduktion an Stelle der Warenproduktion, die die kapitalistische, auf Profit eingestellte Methode der Güterherstellung ist, kämpft sie auch für die Abschaffung der arbeitslosen Einkommen. Grundsätzlich geht also der Kampf der Partei ohne weiteres in der Richtung des Postulats Ihrer Mitgliedschaft. Da die heutige Kreditorganisation integrierender Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft ist, wird eine Abschaffung des Zinses nur mit der Ersetzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise durch eine andere, sozialistische, möglich sein. In grundsätzlicher Hinsicht dürfte deshalb volle Klarheit herrschen.

Die Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft ist die Fähigkeit, die das Geld erhält, als Kapital tätig zu sein, d. h. Profit abzuwerfen. Dieser Profit entsteht in der Produktion und wird realisiert in der Zirkulation.

Der Zins ist ein variabler Teil des Profits, derjenige Teil, den der Kapitalbesitzer vom Kapitalanwender erhält, dafür, daß er das Kapital anwenden (d. h. damit Mehrwert resp. Profit erzeugen) darf. Der Profit bildet damit die theoretische Höchstgrenze des Zinses.

Dadurch, daß die kapitalistische Gesellschaft in der Lage ist, Profit zu erzeugen, ist sie auch in der Lage, Zinsen zu zahlen. Es ist damit wohl erwiesen, daß eine Partei mit der Tendenz der Gesellschaftsumformung nicht in erster Linie den Zins, sondern vor allem aus dessen Nährboden, den Profit überhaupt, zu treffen hat.

Dadurch unterscheidet sich die Sozialdemokratische Partei in einem wesentlichen Punkt (unter andern) von der in Ihrer Ortschaft besonders verankerten Freigeldbewegung, die wohl gegen den Zins zu Felde zieht, den Profit allgemein aber unangetastet läßt.

Es läßt sich theoretisch sehr wohl ein Zustand denken, in dem der Arbeiter bei einem auf Null gesenkten Zinsfuß genau so sehr ausgebeutet würde wie dort, wo der Profit einen Teil als Zins abspalten muß. Das wäre dann der Fall, wenn der produzierende Kapitalist stets über das nötige Geldkapital selbst verfügen würde. Praktisch ist das nicht der Fall, und die Abschaffung des Zinses wird deshalb praktisch auch nur mit der Abschaffung des Profits möglich sein. Immerhin zeigt unsere Erwägung, daß der Zins theoretisch dem kapitalistischen System nicht eigentümlich zu sein braucht, wohl aber immer der Profit.

Was nun die Höhe des Zinsfußes und dessen Reduktionsmöglichkeit innerhalb des kapitalistischen Systems betrifft, so ist zu sagen, daß sie abhängt vom Stande des Kapitalkredits, d. h. vom Verhältnis des Angebots und der Nachfrage nach Geldkapital. Dieses Verhältnis wird aber in erster Linie und normalerweise wieder bestimmt durch die Vorgänge in der Warenproduktion — wenn wir von Vorgängen, wie sie z. B. die Inflationszeit in vielen Ländern mit sich brachte, absehen.

Innerhalb der normalen Schwankungen der Zinsfüße vermögen irgendwelche äußere Bestimmungen nicht regulierend einzugreifen. Angesichts der sinkenden Profitrate und damit des relativ großen Anteils des Zinses am Gesamtprofit wächst die Bedeutung des Leihkapitals zusehends und damit die Herrschaft des Bankkapitals über die gesamte Wirtschaft. Eine bleibende oder fortschreitende Reduktion der Zinsrate (resp. vorerst eine Unschädlichmachung der oder eines Teils der Zinsen durch Ueberführung in öffentliche Verwendbarkeit) wird deshalb nur möglich sein, wenn die Sozialisierungstendenzen der Arbeiterschaft intensiver werden (Sozialisierung z. B. der Banken), ein Wegfall des Zinses nur mit der Umbildung der Profit- in eine Bedarfsdeckungswirtschaft. Sozialisierungs- und Gesellschafts-Umformungsmöglichkeiten hangen in ihrer Intensität ab von der Machterweiterung der Arbeiterklasse. Indem die Ar-

beiterschaft ihre Machtpositionen erweitert, arbeitet sie deshalb auch im Sinne der Reduktion oder Abschaffung der Zinssätze.

Was nun die Frage der anormalen (künstlich beeinflußten) Zinssätze betrifft, so ist folgendes zu sagen:

Zum großen Teil sind die anormalen Zinssätze Folgen des Krieges, der eine gewaltige Vertrauenskrisis auch in der Nachzeit mit sich brachte. Der Kapital- und Geldmarkt ist nur gemeinsam mit seiner internationalen Wechselwirkung zu betrachten. Anormale Verhältnisse vermögen sich deshalb auf normalere Wirtschaften auszuwirken. Nun stehen wir auf dem Standpunkt, daß durch staatliche Maßnahmen, wenn sie geschickt erfolgen, einer „künstlichen" Zinsfußteuerung mildernd entgegengetreten werden kann. Die Partei hat im letzten Herbst anläßlich der wilden Zinsfußbewegung und des übertriebenen, ziellosen Kapitalexports — siehe z. B. „Tagwacht", „Volksrecht" und „Rote Revue" — im Sinne einer Zinsfußreduktion gewirkt. Da „ungesunde" Zinssätze (ungesund im Sinne von anormal hoch) in letzter Zeit öfters die Folge der Monopolstellung der schweizerischen Großbanken waren, postuliert die Partei im Arbeitsprogramm auch eine grundsätzliche Reform des Emissionswesens. Durch das Postulat der Postsparkasse, der Pfandbriefzentrale, der Städte- und Arbeiterbank glaubt sie ebenfalls im Sinne ihrer Wünsche zu handeln. Es handelt sich aber bei vielen dieser Postulate weniger um den guten Willen, als um den Grad der politischen Macht, der letzten Endes von der Einsicht und Organisationsfähigkeit der Arbeiter abhängt. Zum Schluß möchten wir Sie noch darauf aufmerksam machen, daß das Zinsfußproblem, wie das Profitproblem auch, im internationalen Rahmen betrachtet sein will. Wir haben gegenwärtig in der Schweiz die tiefsten Leihsätze der Welt — jedenfalls was den Geldmarkt anbetrifft — indem sich die offiziellen und privaten Diskonten wie folgt verhalten:

Diskontosätze am 31. Juli 1925.

	Offiziell	Privat
Schweiz	4 %	$2^1/_8$
Paris	6	$5^1/_4$
London	5	$4^3/_{16}$
Berlin	9	8
Mailand	7	$7^1/_2$
Brüssel	$5^1/_2$	$5^1/_8$
Wien	10	—
Amsterdam	4	$3^1/_8$
New York	$3^1/_2$	$3^1/_4$
Schweden	5	—
Spanien	5	—

Auf dem langfristigen Markt hat sich jetzt die Rendite auf 5 %, zum Teil (für erstklassige Werte) auf $4^3/_4$ % ermäßigt gegenüber $5^3/_4$ bis $5^1/_4$ im letzten Herbst (1924).

Würde man jetzt in der Schweiz die Leihsätze künstlich herabzusetzen suchen, ohne Rücksicht auf den internationalen Markt, so hätte das einen Abfluß von Kapitalien, Kreditknappheit und wieder Zinsfußerhöhung zur Folge. Das heißt, es würde eine Kreislaufbewegung sich vollziehen, die zudem sehr wahrscheinlich eine Störung der Kaufkraftverhältnisse mit sich brächte, die dann wieder einem Anziehen der Diskontoschraube rufen würde.

Wir erwähnen diese Zusammenhänge, um zu zeigen, wie verhängnisvoll eine rein lokale Betrachtung der Kreditverhältnisse sein müßte. Der Zins ist eine Geißel der Menschheit; er ist ein Teil des Profits, und er entsteht wie der Profit in der Produktion. Unsere gesamte Tätigkeit richtet sich gegen den Profit und damit automatisch gegen den Zins. Der Zins ist ein Symptom der kapitalistischen Wirtschaft. Die Krankheitsursache ist der Profit. Durch die Organisation hat die Arbeiterschaft ihre Lebenshaltung zu erhöhen vermocht. Ein Vergleich unserer mit der chinesischen Arbeiterschaft in Shanghai zeigt uns die ungefähre Differenz. Das beweist, daß die sozialdemokratische Organisation mit Erfolg gegen das Profitstreben ankämpft. Eine grundsätzliche Aenderung wird aber nur möglich sein mit der Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft. Es bedarf auch der internationalen Machtverschiebung, um ein endgültiges Resultat zu zeitigen. Den Beweis hiefür liefert Sowjetrußland, das sich heute gezwungen sieht, eine zu 10 % verzinsliche Anleihe aufzunehmen, weil es trotz seiner Größe auf Geldquellen außerhalb seiner Grenzen angewiesen ist.

Daß wir übrigens den Verhältnissen auf dem Zinsenmarkt volle Aufmerksamkeit schenken, können Sie daraus ersehen, daß die Parteipresse gerade in letzter Zeit eine gewisse Herabsetzung des Diskontosatzes verlangt hat, um angesichts der guten valutarischen Lage Krediterleichterungen ohne Schaden zu schaffen. Der Vergleich der privaten mit den offiziellen Diskonten wird Ihnen jedoch gezeigt haben, daß die Privatsätze die Lage des Kapitalkredits viel beweglicher angeben als der offizielle Satz. Wir möchten auch noch darauf hinweisen, daß gegenwärtig weniger der Zinsfuß als die allgemeine Zoll- und Prohibitionspolitik unsere Wirtschaftslage erschweren, indem diese Politik differentielle Renten austeilt, die die Lebenshaltung stark belasten und wenigstens ebenso ungerecht wie Leihzinse wirken, und indem sie — sofern sie vom Ausland ausgeht — unsere Absatzmöglichkeiten einengt.